

**Zeitschrift:** Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut

**Band:** 1 (1960)

**Heft:** 47

**Artikel:** Der Staat im Schatten der Partei

**Autor:** [s.n.]

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1076416>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 12.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Der Staat im Schatten der Partei

«Der klare Blick» beginnt in dieser Nummer mit dem Abdruck des ersten Teils einer Studie über das Verhältnis zwischen Staat und Partei in der UdSSR, unter Mitberücksichtigung der Volksdemokratien. Sie stammt aus der Feder eines Professors, der als Spezialist auf dem Gebiet der fraglichen Materie gilt. Der Quellenanachweis, für die Veröffentlichung zu umfangreich, kann auf der Redaktion eingesehen werden. Die Red.

## Die kommunistische Partei

Laut dem jüngsten Manifest der kommunistischen Führer in Moskau zählt die Welt heute 36 Millionen eingeschriebene Kommunisten. Diese erheben den Anspruch, zweieinhalb Millionen Menschen zu beherrschen. Der absolute Führungswille der KP liegt im kommunistischen System begründet.

Gemäss den Lehren des Marxismus-Leninismus stellt die politische Partei im allgemeinen die am besten organisierte und aktivste Strosstruppe, die Avantgarde, einer bestimmten Klasse. Sie ist demnach eine Schöpfung der Klasse, die als Folge des Klassenkampfes entstand. In einer Gesellschaft mit antagonistischen Klassen stehen sich mehrere Parteien gegenüber. Auch die Arbeiterschaft hat ihre eigene Partei, die sozialdemokratische. Nach der Theorie des Marxismus-Leninismus wurden jedoch die sozialdemokratischen Parteien zu Sekundanten der bürgerlichen Parteien, ihre Leiter bilden die «Arbeiteraristokratie», und deshalb war es notwendig, eine Partei neuen Typs zu schaffen, nämlich die revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, die für die proletarische Diktatur und den Sieg des Sozialismus bzw. Kommunismus kämpft. Die erste Partei dieses Typs war die von Lenin gegründete Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands (1903), aus der sich die KPdSU entwickelte.

Paragraph 1 der Statuten der KPdSU definiert die Partei wie folgt: «Die KPdSU stellt den freiwilligen Kampfverband der gleichgesinnten Kommunisten aus den Reihen der Arbeiter, werktätigen Bauern und Intellektuellen dar.» Die offizielle Aufzählung der Eigenschaften dieser Partei ausser acht lassend, stellt man jedoch folgende Charakterzüge der Partei fest:

Wie aus allen Parteistatuten ersichtlich ist, arbeitet diese für die Errichtung des Sozialismus bzw. in der UdSSR und der CSSR (Tschechoslowakischen Volksrepublik) des Kommunismus.

Die Partei ist nur ein Stosstrupp (Avantgarde), keine Massenpartei, wie in den Statuten betont wird. Die vom 2. Komintern-Kongress einstimmig angenommenen Richtlinien über die Rolle und den Charakter der KP stellen fest, dass die Partei bis zu ihrer Machtergreifung eine kleine Kampfgruppe bleibt, nachher soll sie jedoch zu einer Massenpartei werden. Die Praxis aber beweist das Gegenteil, denn ebensowenig wie die bürgerlichen Par-

**Die Autonomie stellt eine Form dar. Entscheidend ist der Klasseninhalt dieser Form. Die Sowjetunion ist nicht gegen die Autonomie eingestellt. Sie billigt Autonomie, aber nur dort, wo die Macht sich in der Hand der Arbeiter und Bauern (gleich Partei) befindet, wo die Bourgeoisie jeder Nationalität nicht nur von der Macht, sondern auch von der Teilnahme an der Wahl in die Regierungsorgane ausgeschlossen ist.**

Stalin

teien kann die KP den Gesetzmässigkeiten des parteipolitischen Lebens ausweichen. In jenen Ländern, in denen die KP die Macht noch nicht ergriff, strebt sie eine massenhafte Mitgliederbewegung an — wie die Praxis in den osteuropäischen Staaten beweist.

Nach der Machtübernahme führen die kommunistischen Parteien Säuberungen durch, welchen die Intellektuellen und sogenannte Klassenfeinde zum Opfer fielen.

## Hauptprinzip des strukturellen Aufbaus der Partei ist der «demokratische Zentralismus»:

Sämtliche Parteiorgane sollen von unten nach oben gewählt werden; sie sollen über ihre Tätigkeit periodisch Rechenschaft ablegen; die Minderheit soll sich der Mehrheit unterordnen und die Parteidisziplin einhalten; die Beschlüsse der höheren Organe sind für die niedrigeren verbindlich. Als eine Garantie der inneren Parteidemokratie heben die Statuten der Ostdeutschen, Polnischen, Tschechoslowakischen KP usw. noch die kollektive Führung hervor, ohne dadurch jedoch die individuelle Verantwortlichkeit abgeschafft zu haben. Auch die seit Stalins Tod geltende offizielle sowjetische Parteipolitik billigt die kollektive Führung, es wird aber betont, dass sich die kollektive Erörterung nur auf prinzipielle Fragen bezieht (ohne den Begriff der prinzipiellen Probleme irgendwo zu erläutern). Es gibt Fragen, über die keine Diskussion gestattet ist.

Von grösserer Bedeutung ist jedoch die Frage der Parteidemokratie und des Zentralismus. Die erstere wird vom andern in den Hintergrund gedrängt. Jede Grundorganisation der Partei ist «autonom» in der Entscheidung der lokalen Probleme, «insofern das den Parteibeschlüssen nicht widerspricht». Aber die Grundorganisation darf ein Mitglied nur mit Einwilligung des Bezirks- oder Stadt-PKs (Parteikomitees) aufnehmen und kein Mitglied ohne Zustimmung der höheren Partei-Instanzen ausschliessen. Die Grundorganisation ist nicht berechtigt, in ihrem Rahmen eine kleinere, ihr unterstellte Organisation (Filiale) zu errichten, es sei denn mit Erlaubnis der politischen Abteilung der höheren Instanzen.

Bemerkenswert ist, dass der Staat 1936 das mehrstufige, indirekte Wahlsystem als antidemokatisch verwarf, die Partei es aber weiterhin aufrechterhielt. Das Recht der direkten Wahl ist nur auf der niedrigsten Stufe eingeräumt. Die Bezirks- und Stadt-Konferenzen, bzw. die Gau-Konferenzen, wählen ihre Delegierten auf den Gebiets-Konferenzen, bzw. auf dem Kongress der Republiks-KP. Diese wählen ihre Delegierten auf dem Kongress der KPdSU. Der Zentralismus findet darin seinen Ausdruck, dass die Sekretäre der Bezirks- und Stadt-Partei-Komitees (PKs), bzw. der Gau-PKs, vom Gebiets-PK, bzw. vom ZK der Republiks-KP, bestätigt werden müssen, das Gebiets- und Grenzgebiete-PK und das ZK der Republiks-KP werden hingegen vom ZK der KPdSU bestätigt. Prof. Maurach («Handbuch der Sowjetverfassung», München, 1955) betont noch das Nominationsrecht der höheren Parteiorgane, das im gegenwärtig geltenden Statut der KPdSU jedoch nicht garantiert, im demjenigen der

Vereinigten Polnischen Arbeiter-Partei (VPAP) expressis verbis abgelehnt wird.

## Der übertriebene Zentralismus

zeigt sich vor allem im Kompetenzenbereich des ZKs der KPdSU, denn dieses ist ermächtigt, anstelle ausgeschiedener Mitglieder neue Ersatzleute aufzunehmen, und zwar in unbeschränkter Zahl. Das einzige Statut, welches die Möglichkeit solcher Ablösungen nur zu 20 Prozent der Mitgliedschaft bietet, ist dasjenige der VPAP. Das Zentralkomitee ist ferner befugt, seine Mitglieder selbst auszuschliessen, wenn der Parteikongress, der nur alle vier Jahre zusammentritt, nicht versammelt ist. Das Zentralkomitee ernennt auch die Redaktionen der wichtigsten Zeitungen und kontrolliert diese, führt die zentralen Sowjet- und Gesellschaftsorgane, darf politische Abteilungen organisieren und Agitatoren in «besonders wichtige Abschnitte» des kommunistischen Aufbaus delegieren, wo sie ihre Tätigkeit auf Grund der vom ZK erlassenen Instruktionen ausführen, organisiert das Sekretariat sowie das Komitee für Parteikontrolle. Dieses Kontrollkomitee umfasst die gesamte Partei und jedes Mitglied, kontrolliert deren Parteidisziplin, und prüft die Berufungen gegen die Entscheide der unteren Partei-Instanzen.

An der Spitze der Parteibürokratie stehen die Sekretariatsabteilungen des ZKs, deren entsprechende Unterabteilungen in allen niedrigeren KPs zu finden sind. In den Volksdemokratien erhielt das ZK noch weitergehende Befugnisse: Die Einberufung der National-Konferenzen der Partei, um personelle und strukturelle Änderungen

## Meldungen von morgen

Die Sowjetunion hat laut westlichen Beobachtern den für diese Tage vorgesehenen Abschuss des ersten bemannten Satelliten etwas zurückgestellt, nachdem es beim letzten Versuch nicht gelückt ist, die mitgeführten Hunde wieder heil zur Erde zurückzubringen. Der Start eines weiteren Raumschiffes mit Tieren wäre aber in den nächsten Wochen zu erwarten.

\*

Ausgerechnet aus Kreisen der Regierung, welche in der Türkei politische Parteitätigkeit verbietet, soll eine neue «Freie Demokratische Partei» herauswachsen. Innenminister General Kiziloglu, selbst als einer der Gründer bezeichnet, hat allerdings solche Berichte als üble Propaganda gebrandmarkt.

\*

Die Sowjetunion baut Raketenstützpunkte gegen China. Dies scheint sich aus Luftaufnahmen im Besitz des japanischen Nachrichtendienstes zu ergeben. Auf der nordost-sibirischen Halbinsel Kamtschatka ist ein Stützpunkt für Raketen von 5000 km Reichweite in Bau, der sich in seiner ganzen Anlage klar von den übrigen gegen den Westen gerichteten Basen unterscheidet.

\*

Moskau wird den grössten Flugplatz der Welt erhalten, auf dem gleichzeitig 14 moderne Verkehrsflugzeuge abgefertigt werden können. Das Werkstattgebäude allein wird 300 m lang sein. Mit dem Bau ist begonnen worden.

gen im Parteileben herbeizuführen, und die Beschlüsse dieser Konferenzen erheischen die Bestätigung des ZKs. Sie sind für die ganze Partei verbindlich, was die unbeschränkte Herrschaft des ZKs garantiert.

Berichte über die Tätigkeit der Parteidorgane liefern Beweise dafür, dass der Zentralismus noch schärfer, die Demokratie noch schwächer wird, als im Statut vorgesehen: höhere Instanzen setzen die Beschlüsse der niedrigeren ohne Befragung ausser Kraft, sie dirigieren, und von kollektiver Führung kann kaum mehr die Rede sein.

Ein weiterer Charakterzug, gleichzeitig auch das wichtigste staatsrechtliche Kriterium der Partei neuen Typs, ist ihr

#### Anspruch auf die Führung des Staates und der Gesellschaft,

wie in mehreren KP-Statuten wörtlich gesagt wird. Dieser Anspruch sanktioniert das Parteimonopol in der Innen- und Ausenpolitik und bei der Beseitigung aller übrigen Parteien und somit das Einparteisystem. Die Parteidtheorie löst diese Frage unter Anwendung der Dialektik: Das Mehrparteiensystem ist nur dort erforderlich, wo die Gesellschaft in mehrere, einander entgegengesetzte Klassen geteilt ist. Die beiden Klassen der UdSSR — Arbeiterschaft und Bauern — haben jedoch die gleichen Interessen, infolgedessen besteht kein Anlass für mehrere Parteien. Die staatsrechtliche Wissenschaft der Sowjetunion erklärt: «... Das Wesen der Demokratie liegt nicht darin, ob es eine oder mehrere politische Parteien gibt, sondern ob das von der herrschenden Partei geführte politische System die grundlegenden Interessen und den Willen der Mehrheit des Volkes widerspiegelt.»

Ein formeller, nicht aber wesentlicher Unterschied zwischen der UdSSR und den Volksdemokratien liegt darin, dass es in einigen der Satellitenstaaten auch noch «bürgerliche» Parteien gibt. Diese haben jedoch die führende Rolle der KP ausnahmslos anerkannt. Grund und Ziel des Fortbestehens dieser Parteien ist der Kampf gegen die noch existierenden rechtsorientierten bürgerlichen Elemente, die «Feinde des Sozialismus». Und in dem Masse wie diese schwinden, sollen auch ihre Parteien eliminiert werden. Die Existenz solcher Parteien ändert nichts am Grundsatz, dass nur eine Partei die führende Kraft der Diktatur des Proletariats sein kann. Und tatsächlich haben diese Parteien keine Bedeutung, selbst in Polen nicht.

Ein weiterer Unterschied zwischen der KPdSU und den Kommunistischen Parteien der Volksdemokratien (mit Ausnahme der Mongolei) ist der, dass die herrschende KP formell Mitglied einer grossen national-völkischen Einheitsfront (Volksfront) ist. Deren Existenz dient dazu, dass die KP — als Leiterin — durch sie die Massen leichter lenken und den Kontakt mit ihnen aufrechterhalten kann. Mitglieder der Volksfront sind alle politischen Parteien, bzw. Massenorganisationen, in Bulgarien und Albanien sogar einzelne Personen. In Wirklichkeit ist die Volksfront eher eine Massenbewegung als eine Massenorganisation und hat die Führung durch die Partei zu garantieren, sind doch die Mitglieder der Volksfront verpflichtet, die führende Rolle der Partei zu anerkennen.

(2. Teil folgt)

